

Nürnberg als soziale Stadt

Die drastischen Ausgabenkürzungen, die Einschränkungen der städtischen Leistungen, der ständige Personalabbau, und die massiven Einschnitte bei den Zuschüssen der Stadt an die ökologischen, sozialen, bildungspolitischen und kulturellen Initiativen durch die „Große Rathauskoalition“ von CSU, SPD und Grüne bei den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre hatten und haben unmittelbare Auswirkungen auf die ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der EinwohnerInnen.

Das soziale Netz wird immer mehr beschädigt. Es geht inzwischen an die kommunale Substanz.

Jeder weitere Abbau der Leistungen für die BürgerInnen gefährdet die sozialen Grundlagen der Stadt. Nach dem Armutsbericht sind in Nürnberg 160.000 Menschen arm oder von Armut bedroht.

Deshalb brauchen wir eine solidarische Sozialpolitik und menschenwürdige Lebensbedingungen.

Wir fordern:

- Soziale Tarife in den Energie- und Verkehrsbetrieben der Stadt
- Bezahlbaren Wohnraum durch aktive kommunale Wohnungspolitik
- Eine qualitative Verbesserung des Nürnberg Passes, z.B. Erweiterung um ein Nahverkehrsticket
- Wiedereinführung der Beihilfen für Klein- und Schulkinder und lebensnotwendige Sonderausgaben
- Ausbau aller aufsuchenden sozialen Dienste in Nürnberg nach dem Bedarf der Familien: ASD, Frühförderung und ambulante Jugendhilfe
- Ausbau aller Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren mit verbessertem Personalschlüssel und Familienbildungskompetenz
- Einberechnung des Mittagessens aller ganztägigen Einrichtungen für Kinder und Schüler in die Gebühren
- Gebührenbefreiung auch der Mittags- und Ganztagsbetreuungen analog der wirtschaftlichen Jugendhilfe
- Eine Schule für alle mit integriertem Fachpersonal und individueller Förderung
- Kostenloser Zugang zu Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen
- Die Ausweitung der Zuschüsse für ökologische, kulturelle und soziale Arbeit von Initiativen
- Die Stadt Nürnberg soll sich für die Erhöhung des Regelsatzes (Alg II) auf 500 Euro einsetzen
- Übernahme der tatsächlichen Miet- und Heizkosten der Alg-II-EmpfängerInnen
- Ausbau und finanzielle Unterstützung von Beratungsstellen für Erwerbslose
- Gewährung von öffentlichen, kommunalen Geldern nur für die Träger und Einrichtungen, die Tarifverträge mit Gewerkschaften geschlossen haben, bzw. sie anwenden
- Umwandlung aller Ein-Euro-Jobs der Stadt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen mit tariflicher Bezahlung

Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze!

Gleiche Rechte für MigrantInnen

In Nürnberg leben etwa 90.000 MigrantInnen, die im alltäglichen Leben vielfach benachteiligt werden. Bei einer Arbeitslosenquote von ca. 20 % müssen sie, obwohl z.T. hochqualifiziert, als Hilfs- und Lagerarbeiter, Putzhilfen oder Taxifahrer arbeiten, da ihre Qualifikationen trotz oft guter Deutschkenntnissen vielfach nicht anerkannt werden.

Besonders prekär ist die Situation geduldeter Flüchtlinge. Sie sind gezwungen bis zu 15 Jahren in Lagern zu wohnen, wo sie mit bis zu 6 Personen in einem Zimmer über keinerlei Privatsphäre verfügen. Sie leiden unter Residenzpflicht, Arbeitsverboten, Nachrangigkeit bei der Vergabe von Arbeitsstellen, verweigerten Bildungsmöglichkeiten und dem Fehlen jeglicher Lebensperspektive.

Wir fordern:

- die Schließung aller Lager, dezentrale Unterbringung in Wohnungen
- die Aufhebung von Arbeitsverboten, Nachrangigkeit und Residenzpflicht
- Abschiebungen stoppen, keine Abschiebehaft
- Einführung von Deutsch als Fremdsprache an Schulen
- die Anerkennung von Qualifikationen und fachnahe Förderung und Weiterbildung
- die großzügige Umsetzung der Bleiberechtsregelung
- die Beendigung rassistischer Kontrollen und Anzeigen wegen illegalen Aufenthalts
- Bleiberecht statt Ausgrenzung, keine Abschiebungen nach Irak und anderswo

Die Umsetzung dieser Forderungen liegt zum großen Teil nicht in der Hand der Kommune. Wir erwarten aber, dass diese ihren Einfluss geltend macht, damit Gesetze und Verordnungen auf Bundes- und Landesebene revidiert oder entsprechend verändert werden.